Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa.
Fernruf Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen

Postscheckkonto: Dresden 1558
Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 298. Montag, 24. Dezember 1923, abends. 76. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 3/4 6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für die Zeit vom 15.—30. Dezember 2100 Milliarden M. einschl. Bringerlohn. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 4 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59.
Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Welt ging verloren.....

In der dunkelsten, sonnenverkürztesten Woche des Jahres liegt das Fest des Kerzenglanzes, der Lichtbefreiung. Den Zeitpunkt des tiefsten Standes, den das Wärme und damit Leben spendende Tagesgestirn im Jahreslaufe zu erreichen pflegt, hat die nordische Menschheit zum Sinnbild der Hoffnung, zum Fest der Zeitenwende gewählt. Christliche Apostelklugheit wußte uralten Lichtglauben in den Dienst des neuen Erlösergedankens zu stellen, zu neuem Einklang die aus verschiedenen Urgründen strömende, zur Vermählung drängende Vielheit der Töne zu verbinden, so daß der germanischen Menschheit ihr tiefstes Glaubenssymbol, ihr gemütsbereichstes Fest geschenkt wurde. Und in immer neuer Empfindungsreinheit klingt uns klärlich die alte einfach fromme, alle Tiefen menschlicher Gläubigkeit und Herzenserkenntnis bergende Weise von Stern und Krippe, von welterlösender Mütterlichkeit und vom Heil in der Gotteskindschaft.

Wir beginnen in diesen Zeiten härtester Lebensbeengung wieder etwas vom tieferen Sinn der Weihnachts-, der Sonnenwendtage zu spüren. Wir fühlen schon in unserem Alltagsleben, das nicht mehr im Zeichen des Sieges der Zivilisation über die Witterungs- und Jahreszeitenunbilden steht, wie vor dem Kriege, wie groß und wie berechtigt die Sehnsucht unserer Vorfahren nach Frühling, nach Sommerwärme gewesen ist, nach Zeiten, die den im Dunkeln und kaltem Enge gebannten Menschen die Freiheit in Licht und Wärme wiedergeben. Heute ist Wärme, ist Licht wieder eine Kostbarkeit geworden. Millionen und Abermillionen von Menschen haben nicht mehr die Möglichkeit, in gesättigter Behaglichkeit Schnee, Kälte und Feuchtigkeit zu vergessen, ja sie als eine die Behaglichkeit steigernde Abwechslungsspende der Jahreszeit anzusehen. Und stärker als je zuvor beherrscht uns tief innere Sehnsucht nach Erlösung vom Elende, nach Befreiung aus fast untragbarer Not.

Jahr um Jahr haben wir geglaubt, am Tiefpunkte unseres Volkschicksals zu stehen, haben wir die ganze Inbrunst der Erlösungshoffnung in unsere Weihnachtsstimmung hineingelegt. Befreiung und Erlösung kann aber nicht von außen an Menschen herangetragen werden, die nicht innerlich, in aufrichtiger Herzenswandlung, rein und reif geworden sind. Nicht die Opferhingabe des Einzelnen, so notwendig sie an sich ist, sondern die Gläubigkeit der Gesamtheit an den Sinn des Opfers, die Bereitschaft zu seelischer Nachfolge, bedeutet Rettung. Ist unser Volk wirklich schon ganz Hingabe, ganz Bereitschaft, ganz Opferwille für den Erlösungsgedanken geworden? Die Antwort liegt, leider, allzu nahe. Ein Ringen um Reinheit, Kraft, völkische Selbstbesinnung schüttelt den kranken deutschen Volkskörper. Aber noch ist im Fiebertaumel der seelischen Selbstentfremdung die heilende Krisis nicht zum Durchbruch gekommen. Noch prägt Gleichgültigkeit der Volksgesamtheit gegenüber, Eigensucht, Unsauberkeit der Gesinnung, lärmender Genußtaumel unserem Volksleben den Ausdruck auf, wenngleich die Kräfte des nationalen Gewissens, des Pflichtgedankens, mit jedem Jahr stärker geworden sind. Es beginnt eine innere Bereitschaft wach zu werden, die nur noch des großen Erlösungsaugenblickes bedarf, um als große Ergriffenheit Herrschaft über alle Seelen zu gewinnen. Keine Zeit des Jahres rückt uns solche Gedanken der Selbstbesinnung näher, als das Fest, das in ureigenster Wesensform das Fest deutscher Herzensreinheit, deutscher Erlösungssehnsucht geworden ist. Welt ging verloren.... Wer kann sich heute dieser Stimmung verschließen! Aber Christ ward geboren! Der Erlösungsgedanke durch Opfer und Liebe ward Fleisch. An uns liegt es, nur an uns, dieses Gedankens teilhaftig zu werden. Ob der Zeitpunkt der Erlösung auch für uns deutsche Menschen nahe ist, vermag niemand mit Sicherheit zu sagen. Aber mancherlei Anzeichen, von denen die her anreifenden inneren Wandlung bedeutsamer sind als die äußere Beruhigung, weil die Dauer der äußeren Gesundung entscheidend uns von der inneren Neugeburt abhängt, deuten darauf hin, daß diese Weihnacht für uns alle, als Volk wie als Einzelwesen, eine wahrhafte Sonnenwende werden kann.

Die direkten Verhandlungen mit Frankreich.

Wie verlautet, beabsichtigt die Reichsregierung, in den nächsten Tagen in Frankreich einen neuen Schritt zu unternehmen. Dabei dürfte der deutsche Geschäftsträger dem französischen Ministerpräsidenten ein Memorandum überreichen, in dem eine präzise Formulierung der Frage enthalten ist, auf was sich das kürzlich gestellte Ersuchen Deutschlands um **direkte Verhandlungen über die Rhein- und Ruhrfrage mit Frankreich** bezieht. Diesem Memorandum wird der deutsche Geschäftsträger noch mündliche Erläuterungen hinzufügen. Einen gleichen Schritt wird wahrscheinlich zur selben Zeit auch der deutsche Geschäftsträger in **Brüssel** unternehmen.

Der deutsche Geschäftsträger bei Poincaré.

)(**Paris.** **Der neue deutsche Schritt bei Poincaré wird heute nachmittag erfolgen. Herr von Hoesch wird bei dieser Gelegenheit eine ausführliche, aus mehreren Kapiteln bestehende Denkschrift überreichen. In dieser Denkschrift werden eingehend die Wünsche Deutschlands nach Regelung der Verwaltungsfragen im besetzten Gebiet (Währung, Steuern, Eisenbahn und Schiffahrt) dargelegt. Die Verhandlungen sollen in Paris geführt werden und die Neubesetzung des Pariser Gesandtenpostens gestaltet sich daher zu einer unerläßlichen Voraussetzung.**

Eine deutsche Entgegnung auf Poincarés Kammerrede.

)(**Berlin.** Der französische Ministerpräsident hat in seiner **Kammerrede** seine Ruhrpolitik mit den bekannten Argumenten verteidigt. Es erübrigt sich, die allgemeinen Grundlagen und Ziele der Ruhraktion nochmals ins richtige Licht zu stellen. Dagegen finden sich in der Rede eine **Reihe von tatsächlichen Behauptungen, die deutscherseits nicht unwidersprochen** gelassen werden können.

Hierher gehören zunächst die Ausführungen über den **Inhalt des deutschen Reparationsangebots** vom 2. Mai. Wenn der französische Ministerpräsident das Angebot deshalb als lächerlich bezeichnet, weil es den vom Staatssekretär Hughes gemachten Vorschlag der Einsetzung einer unparteiischen internationalen Kommission aufnahm, so kann dieser Standpunkt ohne weiteren Kommentar dem Urteil der Oeffentlichkeit überlassen bleiben. Als eine direkte Entstellung des Angebots muß aber die Behauptung bezeichnet werden, daß nach dem Vorschlag der Deutschen Regierung von den damals angebotenen 30 Milliarden Goldmark ein Betrag von 20 Milliarden Goldmark als bereits gezahlt hätte abgezogen werden müssen. Von einem derartigen Abzug war im Angebot in keiner Weise die Rede. Die vorgeschlagene Summe von 30 Milliarden enthielt lediglich insofern einen elastischen Faktor, als die endgültige Entscheidung über die Aufbringung der letzten 10 Milliarden in die Hand der erwähnten internationalen Kommission gelegt werden sollte.

Ebensowenig zutreffend sind die **Angaben über die Verkehrsverhältnisse** in den besetzten Gebieten, die der französische Ministerpräsident auf einen angeblich immer noch andauernden deutschen Widerstand zurückführen zu können glaubt. Es ist richtig, daß die Verhältnisse im Eisenbahnverkehr trotz der Abmachungen der deutschen Eisenbahnverwaltung und der Regie noch immer sehr im Argen liegen und daß eine große Anzahl von Bahnhöfen und Strecken vollkommen verstopft ist. Die Ursache liegt aber nicht in irgend einer passiven Resistenz der deutschen Stellen, sondern allein darin, daß der Widerzulassung des deutschen Personals, das allein instande wäre, der Schwierigkeiten Herr zu werden, seitens der Regieverwaltung noch immer Widerstand entgegengesetzt wird. Außerdem muß zu diesem Punkte aber hervorgehoben werden, daß das Abkommen mit der Regieverwaltung in keiner Weise eine Anerkennung dieser Verwaltung bedeutet, sondern lediglich deshalb abgeschlossen worden ist, weil auf andere Weise die Wiederingangsetzung der Wirtschaft in den besetzten Gebieten nicht zu bewerkstelligen war.

Wenn der französische Ministerpräsident dann ferner die **wirtschaftlichen Ergebnisse seiner Pfänderpolitik** auch jetzt wieder als befriedigend bezeichnet, so braucht demgegenüber nur auf folgende Tatsachen und Zahlen hingewiesen zu werden: Der französische Ministerpräsident selbst hat in seiner Kammerrede am 17. November das finanzielle Defizit der Ruhraktion bis zum 30. September mit 165 Millionen Franken beziffert, denen er eine zukünftige Einnahme in Höhe von rund 500 Millionen Franken entgegensetzen wollte. Der Betrag von 165 Millionen Franken war offensichtlich zu niedrig gegriffen: jedenfalls dürfte aber die angekündigte Einnahme von 500 Millionen Franken auch heute noch lediglich auf dem Papier stehen. Tatsache ist es, daß die französische Wirtschaft infolge des Ausfalls der freiwilligen Reparationskohlenlieferungen für einen Mehrimport an Kohle und Koks bis zum 30. September etwa 600 Millionen Franken verausgabt hat. Tatsache ist ferner, daß die französische Industrie durch den Mangel an Kohle und Koks und durch den Rückgang der Eisenindustrie Verluste erlitten hat, die sich zwar ziffernmäßig nicht festlegen lassen, aber zweifellos von größter Bedeutung gewesen sind. Die Annahme, daß Frankreich ohne die Ruhrbesetzung von Deutschland überhaupt keine Leistungen erhalten haben würde, ist vollkommen unrichtig. Deutschland hatte zwar im November 1922 ein Moratorium beantragt, hatte aber auch für die Dauer dieses Moratoriums Sachlieferungen für die zerstörten Gebieten in Aussicht gestellt. Der Wert, den diese Sachlieferungen hätten haben können und mutmaßlich gehabt haben würden, ergibt sich aus der Tatsache, daß Deutschland trotz der Ruhrbesetzung und seiner katastrophalen wirtschaftlichen Folgen an die nicht an der Besetzung beteiligten Alliierten noch Lieferungen im Werte von rund 380 Millionen Goldmark bewirkt hat. Zum Vergleich mag hierbei angeführt werden, daß die vertragsmäßigen Kohlenlieferungen des Jahres 1922 an Frankreich nur eine Gutschrift von 180 Millionen Goldmark erbracht haben. Zu den in dem Moratoriumsantrag aufrecht erhaltenen Sachlieferungen wären überdies noch die Vorteile hinzugekommen, die sich für Frankreich aus dem Angebot langfristiger Privatverträge über die Lieferung lebenswichtiger Waren ergeben hätten. Unrichtig ist auch die Behauptung, daß jetzt die Kohlenlieferungen aus dem Ruhrgebiet eine Tonnenzahl erreicht hätten, die Frankreich ohne Besetzung niemals erreicht haben würde. Die Gesamtkohlenproduktion des Ruhrgebiets ist heute bestenfalls mit 40 Prozent der Normalproduktion anzusetzen; der Abtransport der Kohlen ist infolge der bereits erwähnten Verhältnisse auf den Regiebahnen immer noch völlig unzulänglich; auch die auf Grund der Mitum-Verträge bestenfalls in Aussicht stehenden Kohlenlieferungen werden nach den Schätzungen der französischen Fachzeitschrift „L'Usine" die freiwilligen Lieferungen des Vorjahres keinesfalls erreichen.

Der französische Ministerpräsident sagt in diesem Zusammenhang, daß die **Erträgnisse der Abmachungen** mit den deutschen Industriellen auf Reparationskonto zu verrechnen seien, daß davon aber zuerst die Kosten für die Besetzung abgezogen werden würden. Er vergißt hinzuzufügen, daß Deutschland gegen einen derartigen Abzug der Besetzungskosten bei der Reparationskommission nachdrücklich Protest erhoben hat und daß die Entscheidung der Reparationskommission über diese Frage noch aussteht.

Eine besondere Entgegnung erfordern schließlich noch Bemerkungen, die der französische Ministerpräsident zu den von der Reichsregierung vorgeschlagenen **Verhandlungen über die Verhältnisse in den besetzten Gebieten** gemacht hat. Er hat ausgeführt, daß er keine Verpflichtungen eingehen werde, welche die Autorität des Generals Degoutte schwächen oder die Festigkeit der rheinischen Bevölkerung schädigen könnten, und daß er sich zu keinem Manöver hergeben würde, das den Einfluß Berlins wieder auf eine Bevölkerung ausdehnen könne, die sich von diesem Einfluß zu befreien wünsche. Der Reichsregierung ist nichts bekannt, worauf eine selbständige, unabhängige Autorität des Generals Degoutte beruhen könnte, der nichts Anderes ist als der Kommandant derjenigen Truppen, die auf Befehl der französischen und belgischen Regierung im Widerspruch mit Recht und Vertrag das Ruhrgebiet besetzt haben. Ebensowenig ist der Reichsregierung bekannt, daß die Bevölkerung der besetzten Gebiete jemals den Schutz und die Hilfe Frankreichs angerufen hätte, um sich vom Einfluß Berlins zu befreien. Bisher ist aus dieser Bevölkerung kein anderer als der Wunsch laut geworden, sowohl von den vertragswidrigen Maßnahmen der Besatzungsmächte als auch von dem Separatistengesindel befreit zu werden, das seinen Terror lediglich dank der französischen Unterstützung hat ausüben können.

Vertrauensvotum für Poincaré.

* **Paris.** **Trotz der gegenteiligen Voraussage erzielte die Regierung in der Kammerdebatte über die Festsetzung der Teuerungszuschläge für die Beamten, in der sie die Vertrauensfrage gestellt hatte, ein Vertrauensvotum mit 392 gegen 143 Stimmen.**

Poincarés Standpunkt unverändert.

)(**Paris.** Ministerpräsident **Poincaré** überbrachte heute der Stadt La Courneuve (Dep. Seine) das Kriegskreuz. Aus diesem Anlaß hielt er eine Rede, in der er zunächst die **Vorgeschichte der Ruhrbesetzung** in seiner bekannten Weise wiederholte. Er erklärte dann weiter, das Uebel, unter dem Frankreich leide, sei ihm nicht allein eigen. Es sei die Folge der allgemeinen Umwälzungen, die der Krieg mit sich gebracht habe; die Folge der Zerstörung der Reichtümer, die auch eine Verlangsamung der Produktion hervorgerufen habe. Das Uebel könne nur durch Arbeit, Energie und Sparsamkeit behoben werden. Aber wenn Frankreich mit verschrämpften Armen stehen geblieben wäre, wenn es nicht die Hand auf die Pfänder des Ruhrgebietes gelegt hätte, dann würde es das Uebel noch vergrößert haben. **Man sei noch nicht am Ende, aber man nähere sich ihm mit jedem Tage.** Das Wesentliche sei, daß man keinen der Hauptgrundsätze aufgebe, daß man nichts zulasse, was vom Friedensvertrag entferne, und daß **keine neuen Zugeständnisse gemacht** würden, sei es mit Bezug auf die Reparationen, sei es mit Bezug auf die Sicherheit Frankreichs. **Wir sind im Ruhrgebiet,** so schloß Poincaré, **und wir werden es nur, nachdem wir bezahlt worden sind, verlassen. Wir sind aber bereit,** alle Regelungsarten zu prüfen, die eine raschere und sichere Zahlung möglich machen können.

Der Garantieausschuß fordert Auskunft über Deutschlands Ernährungszustand.

)(**Paris.** Der Sonnabend nachmittag zusammengetretene Garantieausschuß hat beschlossen, seine Vertretung in Berlin aufzufordern, so rasch wie möglich **gewisse Auskünfte über den Ernährungsstand in Deutschland zu liefern.**

Um die Regelung des Eisenbahnverkehrs im besetzten Gebiet.

)(**Paris.** Havas berichtet aus Düsseldorf, gemäß den Bestimmungen des Mainzer Eisenbahnabkommens seien am 19. und 20. 12. in Dortmund zwischen Vertretern der deutschen Eisenbahndirektionen Münster, Hamm und Elberfeld und der französisch-belgischen Eisenbahnregie Verhandlungen geführt worden. Man habe sich über den **Austausch von Waren, Personal und Lokomotiven** für die Personenzüge, sowie über den **Austausch der Güter** und des **Personals** für Güterzüge verständigt. Was die Verrechnung der **Fahrpreise** für den Personenverkehr und die Diensteinteilung auf den gemeinsamen Bahnhöfen anbelange, sei ebenfalls eine **Regelung getroffen** worden. Auch die **Verhandlungen über die Fahrpläne** seien auf gutem Wege.